

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Vallourec Deutschland GmbH für informationstechnische Leistungen

Stand: August 2020

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Allgemeine Bestimmungen

1. Geltungsbereich
2. Vertragsschluss
3. Pflichten des Lieferanten / Erfüllungsort
4. Nutzungsrecht
5. Dokumentation
6. Überlassene Software, Hardware und Unterlagen
7. Leistungsänderungen
8. Mitwirkung von VAD
9. Zusammenarbeit der Vertragspartner
10. Abnahme / Leistungsnachweis
11. Leistungstermine / Verzug / Aussetzung der Vertragsdurchführung / Pauschalierter Schadensersatz / Anlieferung
12. Preise / Zahlungsbedingungen / Rechnungsstellung
13. Aufrechnung und Zurückbehaltung
14. Mängelansprüche
15. Produkthaftung / Freistellung / Haftpflichtversicherungsschutz
16. Schutzrechte Dritter
17. Datenschutz
18. Compliance / Genehmigungen / Freistellung
19. Exportkontrolle
20. Geheimhaltung / Benennung als Referenz
21. Übertragbarkeit / Abtretungsverbot / Unterauftragnehmer
22. Rücktritt und Kündigung / Unsicherheitseinrede
23. Arbeiten auf dem Werksgelände / Sicherheitsvorschriften
24. Höhere Gewalt
25. Verarbeitung personenbezogener Daten
26. Anwendbares Recht

- 27. Gerichtsstand
- 28. Teilunwirksamkeit

Teil 2: Software

- 29. Software
- 30. Leistungsumfang für Software
- 31. Umfang der Softwarenutzung / Nutzungsrecht
- 32. Ersetzen von Altsystemen / Datenübernahme
- 33. Einsatz von Open Source Software, Freier Software und Public Domain Software

Teil 3: Hardware

- 34. Hardware
- 35. Anforderungen an Hardware
- 36. Sicherungsübereignung

Teil 4: Dienstleistungen

- 37. IT-Dienstleistungen
- 38. Leistungsumfang für IT-Dienstleistungen
- 39. Software-Pflege und Wartung

Teil 1: Allgemeine Bestimmungen

1. Geltungsbereich

- 1.1. Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen für informationstechnische Leistungen („**AEB-IT**“) gelten für alle durch die Vallourec Deutschland GmbH, Theodorstraße 109, 40472 Düsseldorf, Deutschland („**VAD**“) mit einem Lieferanten („**Lieferant**“) geschlossenen Verträge über die Erbringung bzw. Gewährung von Leistungen und/oder die Lieferung von Waren im Zusammenhang mit Informationstechnik, insbesondere Dienst-, Werk-, Kauf-, Miet-, Software-Überlassungs- sowie Leasingverträge („**Leistungen**“).
- 1.2. Für die Geschäftsbeziehung zwischen VAD und dem Lieferanten gelten ausschließlich die vorliegenden AEB-IT. Den nachfolgenden Bestimmungen entgegenstehende oder abweichende Allgemeine Geschäftsbedingungen finden keine Anwendung, es sei denn, VAD stimmt ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zu. Die vorliegenden AEB-IT gelten auch dann ausschließlich, wenn VAD in Kenntnis entgegenstehender oder von den vorliegenden AEB-IT abweichender Bedingungen Lieferungen und/oder Leistungen des Lieferanten vorbehaltlos annimmt.
- 1.3. Die AEB-IT gelten nur gegenüber Unternehmern (§ 14 BGB), juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.
- 1.4. Die Regelungen des zweiten bis vierten Teils dieser AEB-IT gelten abhängig von der jeweiligen Art der Leistung jeweils ergänzend zu den allgemeinen Bestimmungen des ersten Teils dieser AEB-IT.

2. Vertragsschluss

- 2.1. Die Bestellung von Leistungen durch VAD gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe der Bestellung (auch per E-Mail oder Telefax) als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat der Lieferant VAD zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme der Bestellung hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- 2.2. Der Lieferant kann die Bestellung von VAD innerhalb einer Frist von 2 Kalenderwochen, beginnend mit dem Absendetag der Bestellung schriftlich bestätigen („**Annahme**“). VAD hält sich für den vorgenannten Zeitraum an seine Bestellung gebunden. Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch VAD.

- 2.3. Angebote zum Abschluss eines Vertrages seitens des Lieferanten haben unentgeltlich zu erfolgen und begründen keine Verpflichtungen für VAD. Kostenvoranschläge werden nur aufgrund gesonderter schriftlicher Vereinbarung vergütet. Das Schweigen von VAD auf Angebote des Lieferanten gilt nicht als Annahme.
- 2.4. Als Vertragsgrundlage gelten in folgender Reihenfolge:
- das Angebotsschreiben von VAD bzw. der Vertragstext,
 - diese AEB-IT,
 - ein etwaiges Pflichtenheft bzw. Service-Level-Agreement,
 - sonstige vertragliche Vereinbarungen,
 - die bei Vertragsschluss für die Leistung allgemein geltenden Fachnormen und Richtlinien sowie die anerkannten Regeln der Technik bzw. Informatik.

3. Pflichten des Lieferanten / Erfüllungsort

- 3.1. Der Lieferant gewährleistet, dass die Leistung termingerecht, vollständig und mangelfrei erbracht wird, die vertraglich vereinbarten Eigenschaften aufweist und für den vertraglich vorgesehenen – falls kein solcher vorhanden ist, zumindest für den bestimmungsgemäßen – Gebrauch geeignet ist.
- 3.2. Die Leistung hat dem jeweils aktuellen Stand der Technik, den allgemein geltenden Fachnormen und Richtlinien sowie den anerkannten Regeln der Technik bzw. Informatik zu entsprechen.
- 3.3. Erkennt der Lieferant, dass die von VAD erstellte Leistungsbeschreibung, das der Leistung zugrunde liegende Konzept, sonstige Aufgabenstellungen oder Vorgaben nicht oder nur mit erheblichen Mehraufwand ausführbar, fehlerhaft oder unklar sind oder Leistungstermine aufgrund von in der Sphäre von VAD oder des Lieferanten selbst liegenden Gründen nicht eingehalten werden können, hat er dies VAD unverzüglich fachlich begründet schriftlich mitzuteilen. Der Lieferant hat VAD ebenfalls rechtzeitig und detailliert schriftlich darauf hinzuweisen, wenn zur Vertragserfüllung eine Änderung des Leistungsumfanges erforderlich wird oder sich aus den definierten Spezifikationen bzw. vorgegebenen Standards, aus der eingesetzten Soft- und/oder Hardware sowie deren Zusammenwirken technische Probleme oder zusätzliche Aufwendungen für VAD ergeben können. Kommt der Lieferant den vorgenannten Verpflichtungen nicht nach, so kann er sich später auf diese Umstände nicht berufen, es sei denn er weist nach, dass diese Umstände VAD bekannt bzw. offenkundig waren.

- 3.4. Erkennt der Lieferant im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung mögliche Beeinträchtigungen des Betriebsablaufs bei oder drohende Schäden für VAD, so hat er diese VAD unverzüglich anzuzeigen.
- 3.5. Soweit es durch Arbeiten am IT-System von VAD zu Verlust oder Beeinträchtigung von Daten kommen kann, hat der Lieferant VAD hierüber vorab so früh wie möglich zu informieren und in Abstimmung mit VAD entsprechende Schutzmaßnahmen in angemessenem Umfang zu treffen.
- 3.6. Elektronisch erstellte Leistungen sind vom Lieferanten in dem Fortschritt der Leistungserbringung entsprechenden Teilergebnissen unter Einbeziehung der dafür erforderlichen Programmumgebung kontinuierlich zu sichern. Die Sicherungskopien sind auszulagern, fachgerecht aufzubewahren und vor unbefugtem Zugriff zu schützen.
- 3.7. Der Lieferant ist verpflichtet, sämtliche von VAD angeforderte Ursprungsnachweise mit allen erforderlichen Angaben zu versehen und VAD zur Verfügung zu stellen. Entsprechendes gilt für umsatzsteuerrechtliche Nachweise bei Auslands- und innergemeinschaftlichen Lieferungen.
- 3.8. Sofern sich aus der Bestellung oder dem Vertrag nicht anderes ergibt, ist der Geschäftssitz von VAD Erfüllungsort für sämtliche aus dem Vertrag resultierende Ansprüche.

4. Nutzungsrecht

- 4.1. Soweit nichts Abweichendes vertraglich vereinbart wurde, erwirbt VAD – unbeschadet der Regelung der Ziffern 4.5, 31.2 und 31.3 dieser AEB-IT – an sämtlichen Leistungen, Teilen von Leistungen sowie allen sonstigen Ergebnissen mit deren Entstehung bzw. Erwerb, spätestens aber mit deren Übertragung bzw. Übergabe, unwiderruflich ein übertragbares Nutzungsrecht in folgendem Umfang:
 - (a) an Leistungen, die individuell für VAD erstellt bzw. entwickelt werden, erwirbt VAD ein zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht, welches sich auf alle bekannten und vom Vertragszweck umfassten Nutzungsarten erstreckt;
 - (b) an Leistungen, die nicht individuell für VAD erstellt bzw. entwickelt, sondern für VAD umgestaltet bzw. angepasst werden, erwirbt VAD ein nicht-ausschließliches zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht, welches sich auf alle bekannten und vom Vertragszweck umfassten Nutzungsarten erstreckt;

- (c) im Übrigen erwirbt VAD zumindest sämtliche Nutzungsrechte, die für eine räumlich unbeschränkte vertrags- bzw. bestimmungsgemäße Nutzung der Leistung in einer beliebigen Systemumgebung während des vertraglich bestimmten bzw. vorausgesetzten Zeitraums erforderlich sind.
- 4.2. Soweit nichts Abweichendes vertraglich vereinbart wurde, erwirbt VAD in Fällen der Ziffer 4.1 lit. a und lit. b dieser AEB-IT ein widerrufliches Recht zur Nutzung der Leistung für nach Vertragsschluss bekannt gewordene Nutzungsarten im jeweils dem bisherigen Nutzungsrecht entsprechenden Umfang. VAD und der Lieferant werden sich insoweit über eine gesonderte angemessene Vergütung verständigen.
- 4.3. Bestehen Rechte Dritter an der Leistung oder Teilen hiervon oder stehen Erwerb bzw. Ausübung eines Nutzungsrechts i.S.d. Ziffer 4.1 dieser AEB-IT Rechte Dritter, insbesondere durch in die Leistung eingegangene Dritt-Software oder sonstige Dritt-Leistungen, entgegen, so hat der Lieferant VAD vor Vertragsschluss ausdrücklich darauf hinzuweisen sowie alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine vertragsgemäße Rechtsgewährung zu gewährleisten. Die vorbehaltlose Entgegennahme der Leistung stellt keine Anerkennung einer abweichenden Nutzungsrechtsgewährung dar.
- 4.4. VAD ist berechtigt, die Rechte nach Ziffer 4.1 dieser AEB-IT, auch zu kommerziellen Zwecken, ohne weitere Zustimmung durch den Lieferanten ganz oder teilweise, vorübergehend oder dauerhaft im Rahmen des vereinbarten Nutzungsumfangs auf Dritte zu übertragen oder weitere einfache Nutzungsrechte hiervon abzuspalten und Dritten einzuräumen. Davon umfasst ist insbesondere das Recht zur Vermietung.
- 4.5. Der Lieferant bleibt befugt, von ihm bei der Erarbeitung der Leistung verwandte Standard-Programme, -Programmbausteine und -Werkzeuge sowie von ihm eingebrachtes Know-how weiterhin, auch für Aufträge Dritter, zu nutzen. Eine Vervielfältigung, inhaltsgleiche Abbildung, überarbeitete Verwendung oder sonstige Nutzung der für VAD individuell zu erarbeitenden Leistung gegenüber Dritten, ganz oder in Teilen, ist dem Lieferanten nicht gestattet.
- 4.6. Der Lieferant ist nicht berechtigt, einseitige Auditierungsmaßnahmen zur Prüfung der Einhaltung der urheberrechtlichen Nutzungsbefugnisse im Betrieb bzw. IT-System von VAD durchzuführen. Insoweit stehen dem Lieferanten uneingeschränkt die urheberrechtlichen Auskunftsansprüche zu.

5. Dokumentation

- 5.1. Sofern nicht etwas anderes vertraglich vereinbart ist, hat der Lieferant die für Einsatz, Bedienung und/oder Wartung erforderliche Dokumentation der Leistung, insbesondere Bedienungsanleitungen und Datenblätter, („**Dokumentation**“) zu liefern.
- 5.2. Soweit der Lieferant als Nebenleistung die Erstellung der Dokumentation oder ähnliche Ergebnisse schuldet, wird er VAD die vollständige und detaillierte Dokumentation rechtzeitig, spätestens jedoch zusammen mit der Erbringung der Leistung, zur Prüfung und Freigabe vorlegen. Auf berechtigtes Verlangen von VAD hat der Lieferant die vorgelegte Dokumentation innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt der schriftlichen Aufforderung durch VAD zu überarbeiten und das geänderte Ergebnis an VAD zu übermitteln.
- 5.3. Wirkt sich eine Änderung oder Beseitigung eines Mangels auf die zum Leistungsumfang gehörende Dokumentation aus, ist der Lieferant verpflichtet, diese unverzüglich anzupassen und an VAD zu übergeben.
- 5.4. VAD erwirbt das zeitlich, räumlich und sachlich unbeschränkte Nutzungsrecht an der Dokumentation. Dies umfasst das Recht, Änderungen an der Dokumentation vorzunehmen, diese zu vervielfältigen und an Dritte weiterzugeben.
- 5.5. Soweit vertraglich nichts anderes vereinbart ist, ist die Dokumentation in deutscher oder englischer Sprache zu erstellen bzw. zu liefern.

6. Überlassene Software, Hardware und Unterlagen

- 6.1. An Software, Hardware oder sonstigen Gegenständen sowie Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen, welche VAD dem Lieferanten im Rahmen der Bestellung und/oder im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistungen durch den Lieferanten zur Verfügung stellt („**Beistellungsware**“), behält sich VAD sämtliche Eigentums- und Urheberrechte vor.
- 6.2. Beistellungsware darf ausschließlich für die Durchführung der Leistung und nur in dem dafür erforderlichen Umfang verwendet werden. Kopien beigestellter Software oder Unterlagen dürfen nur zur Durchführung des Vertrages angefertigt werden. Die Beistellungsware ist sorgfältig für VAD aufzubewahren und nach Durchführung des Vertrages unverzüglich vollständig an VAD herauszugeben.
- 6.3. Beistellungsware ist – solange sie nicht verarbeitet wird – auf Kosten des Lieferanten gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung bzw. Verlust zu versichern

- 6.4. Wird die Beistellungsware mit anderen, VAD nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet oder umgebildet, so erwirbt VAD das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Beistellungsware (Einkaufspreis zuzüglich Umsatzsteuer) zu den anderen verarbeiteten oder umgebildeten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung bzw. Umbildung.
- 6.5. Wird die Beistellungsware mit anderen, VAD nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, vermengt oder verbunden, so erwirbt VAD das Miteigentum an der dadurch entstehenden neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Beistellungsware (Einkaufspreis zuzüglich Umsatzsteuer) zu den anderen Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung, Vermengung oder Verbindung. Erfolgt die Vermischung, Vermengung oder Verbindung in der Weise, dass die Sache des Lieferanten als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Lieferant VAD anteilmäßig Miteigentum überträgt. Der Lieferant verwahrt das Alleineigentum oder das Miteigentum für VAD.

7. Leistungsänderungen

- 7.1. Änderungen und/oder Ergänzungen des vertraglich vereinbarten und geschuldeten Leistungsumfanges, die eine nicht nur unerhebliche Abweichung von der vereinbarten Leistung darstellen („**Änderung**“ genannt), sind nur nach Maßgabe dieser Ziffer 7 zulässig.
- 7.2. Vom Vertrag abweichende bzw. zusätzliche Leistungen begründen keinen Anspruch des Lieferanten auf zusätzliche Vergütung, es sei denn, VAD stimmt der Änderung vor Erbringung der Leistung ausdrücklich schriftlich zu.
- 7.3. Für den Fall, dass der Lieferant Änderungen des von VAD bestellten Leistungsumfanges vornehmen möchte, hat er dies zunächst schriftlichen gegenüber VAD zu beantragen. Der Antrag muss eine detaillierte und nachvollziehbare Darstellung der beantragten Änderung im Vergleich zum bisherigen Leistungsumfang in der Form der Gegenüberstellung des gegenwärtigen und des künftigen Leistungsumfanges enthalten. Die Darstellung muss insbesondere auch Auskunft über alle möglichen Auswirkungen der Änderung auf den Leistungsumfang geben sowie etwaige Mitwirkungspflichten von VAD aufzeigen. VAD ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Änderungen anzunehmen, es sei denn eine derartige Verpflichtung ergibt sich aus zwingenden gesetzlichen Bestimmungen. Ein Anspruch des Lieferanten auf Ersatz von Mehrkosten in Zusammenhang mit der Ausführung von Änderungen bedarf einer gesonderten schriftlichen Vereinbarung. Sonstige Ansprüche des Lieferanten auf Ersatz von Kosten in Zusammenhang mit Änderungen sind ausgeschlossen.
- 7.4. Wünscht VAD nach Vertragsschluss eine Änderung der vereinbarten Leistung, ist der Lieferant zur Berücksichtigung der gewünschten Änderung bei der Erbringung seiner Leistung verpflichtet, es sei denn dies ist ihm im Hinblick auf seine betriebliche Leistungsfähigkeit nicht zumutbar. Der Lieferant hat VAD hierüber sowie über etwaige Auswirkungen des Änderungsverlangens auf die vereinbarte Vergütung und/oder die

Leistungstermine unverzüglich, spätestens innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Zugang des Änderungsverlangens, schriftlich Auskunft zu geben. Ist für die Frage der Realisierbarkeit einer gewünschten Änderung eine umfangreiche Prüfung erforderlich, hat der Lieferant dies innerhalb vorgenannter Frist unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Prüfungsdauer schriftlich mitzuteilen. Die Durchführung einer solchen Prüfung bedarf einer gesonderten Vereinbarung. Bis zum Zustandekommen einer Vereinbarung über die Durchführung der von VAD verlangten Änderung ist die Leistung gemäß der vor dem Änderungsverlangen geltenden vertraglichen Vereinbarungen durchzuführen, sofern nicht VAD eine Aussetzung gemäß Ziffer 11.4 verlangt.

8. Mitwirkung von VAD

- 8.1. VAD trifft die Obliegenheit, dem Lieferant alle für die Durchführung der Leistung erforderlichen Informationen und Unterlagen auf Anfrage zur Verfügung stellen und die erforderlichen Entscheidungen innerhalb einer angemessenen Frist treffen.
- 8.2. Soweit Leistungen projektbedingt auf dem Werksgelände oder in den Gebäuden von VAD durchzuführen sind, stellt VAD die erforderlichen Arbeitsräume, Rechnerzeit sowie vorhandene Systeme und Einrichtungen unentgeltlich zur Verfügung.
- 8.3. Der Lieferant wird VAD unverzüglich, schriftlich und detailliert zur Einhaltung seiner Mitwirkungsobliegenheit auffordern, soweit VAD dieser nicht von sich aus nachkommt und der Lieferant sich hierdurch in der rechtzeitigen Durchführung seiner Leistung behindert sieht. Durch eine unterlassene Mitwirkungshandlung kommt VAD nicht in Verzug.

9. Zusammenarbeit der Vertragspartner

- 9.1. Lieferant und VAD benennen je eine fachkundige Person und deren Stellvertreter, die während der Durchführung des Vertrages als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und befugt sind, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen oder diese unverzüglich herbeizuführen. Ein Wechsel dieser Personen ist nur bei berechtigtem Interesse möglich; er ist dem jeweils anderen Vertragspartner unverzüglich mitzuteilen.
- 9.2. VAD ist berechtigt, jederzeit Einblick in die Durchführung der Leistungen sowie die Erläuterung des Arbeitsfortschritts durch den Lieferanten zu verlangen.
- 9.3. Sofern nach Art und Umfang des Projekts eine regelmäßige Abstimmung der Vertragsparteien zweckdienlich ist, werden die Vertragspartner in regelmäßigen Zeitabständen zusammenkommen, um den Projektfortschritt festzustellen und anstehende Fragen zu erörtern. Inhalt und Ergebnis der Besprechungen sind in einem von beiden Vertragspartnern zu unterzeichnenden Protokoll festzuhalten.

- 9.4. VAD ist befugt, Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der Leistung notwendig sind. Die Anordnungen sind grundsätzlich nur den gemäß Ziffer 9.1 benannten Ansprechpartnern des Lieferanten zu erteilen, außer wenn Gefahr im Verzug ist.

10. Abnahme / Leistungsnachweis

- 10.1. Sofern eine Werkleistung geschuldet ist oder zwischen VAD und dem Lieferanten eine Abnahme in Bezug auf die vertragsgegenständliche Ware vereinbart wird, gelten die gesetzlichen, werkvertragsrechtlichen Regelungen zur Abnahme (entsprechend).
- 10.2. Die Abnahme hat schriftlich zu erfolgen. Die Entgegennahme und/oder Ingebrauchnahme der Leistung durch VAD stellen keine Abnahme dar. Sofern VAD für die Abnahme einen Vordruck bereitstellt, ist dieser zu verwenden.
- 10.3. VAD ist zur Verweigerung der Abnahme berechtigt, solange die Leistung nicht nur unwesentliche Mängel aufweist oder der Lieferant VAD die zu erbringende Dokumentation nicht übergeben hat, es sei denn diese ist für die Leistung von nur unwesentlicher Bedeutung.
- 10.4. Bei der Abnahme von Teilleistungen wird die Leistung insgesamt erst mit der auf das vertragsgemäße Zusammenwirken aller Teilleistungen bezogenen Gesamtabnahme durch VAD abgenommen.
- 10.5. Der Abnahme hat eine Testphase voranzugehen, in welcher der Lieferant den Nachweis zu erbringen hat, dass die Leistung die vertraglich vereinbarten Eigenschaften, insbesondere Funktionalität und Leistungsverhalten, aufweist („**Leistungsnachweis**“).
- 10.6. Der Leistungsnachweis ist vom Lieferanten durchzuführen. Auf Verlangen von VAD ist der Leistungsnachweis im Beisein VADs zu erbringen. Die Dauer der Testphase sowie die Testkriterien können vertraglich vereinbart werden. Sind Inhalt und Umfang des Leistungsnachweises nicht vertraglich geregelt, so ist nachzuweisen, dass die Leistung die vertraglich vereinbarte Beschaffenheit unter den betriebsüblichen Bedingungen im IT-System von VAD während eines angemessenen Zeitraums erfüllt, Kompatibilität mit entsprechenden Schnittstellen aufweist und die erforderliche Stabilität und Leistung im jeweiligen Systemumfeld gewährleistet. Der Lieferant ist verpflichtet, während der Testphase geeignete Mitarbeiter in angemessenem zeitlichem Umfang unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
- 10.7. Treten während der Testphase nicht nur unwesentliche Mängel in Erscheinung, so hat der Lieferant diese unverzüglich zu beseitigen und den Leistungsnachweis in einem erneuten Testlauf innerhalb einer angemessenen Zeit, gerechnet vom vertraglich vereinbarten

Zeitpunkt der Betriebsbereitschaft, zu erbringen. Sämtliche Rechte von VAD bleiben insoweit vorbehalten. Die Nacherfüllung gilt nach dem erfolglosen zweiten Testlauf als gescheitert.

11. Leistungstermine / Verzug / Aussetzung der Vertragsdurchführung / Pauschalierter Schadensersatz / Anlieferung

- 11.1. Die von VAD in der Bestellung angegebenen bzw. vertraglich vereinbarten Termine für die Erbringung der Leistung sind bindend. Sofern kein Liefertermin vertraglich vereinbart wurde, hat der Lieferant die Leistung spätestens innerhalb von 4 Wochen ab Eingang der Bestellung vollständig zu erbringen.
- 11.2. Bei sich abzeichnender Nichteinhaltung vereinbarter Termine hat der Lieferant VAD unverzüglich unter Angabe von Aufholmaßnahmen zu informieren und rechtzeitig geeignete Maßnahmen (ggf. Schichtarbeit, Überstunden und/oder Wochenend-/Feiertagsarbeit) zur Termineinhaltung zu ergreifen. Die Kosten für diese Maßnahmen trägt der Lieferant.
- 11.3. Erbringt der Lieferant die Leistungen nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Termine/Zeiten, so bestimmen sich die Rechte von VAD – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen der nachfolgenden Ziffer 11.4 bleiben unberührt.
- 11.4. Im Fall eines Änderungsverlangens gemäß Ziffer 7 oder einer Mitteilung des Lieferanten gemäß Ziffer 3.3 kann VAD jederzeit die Aussetzung der Erbringung der Leistung in angemessenem inhaltlichem und zeitlichem Umfang verlangen. Während dieses Zeitraums kommt VAD hinsichtlich der ausgesetzten Leistung nicht in Verzug. Die vereinbarten Leistungstermine verlängern sich entsprechend dem Umfang des durch die Aussetzung verzögerten Teils der Leistung nach der dafür durchschnittlich erforderlichen Arbeitszeit, maximal jedoch um die Anzahl der auf die Aussetzung insgesamt entfallenden Arbeitstage. Im Übrigen richtet sich der Ersatz etwaiger Mehraufwendungen des Lieferanten nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 11.5. Ist der Lieferant mit seinen Leistungen in Verzug, so kann VAD – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz seines Verzugsschadens in Höhe von 1 % der Nettovergütung pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % der Nettovergütung der verspätet erbrachten Leistung. VAD bleibt der Nachweis vorbehalten, dass VAD ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Lieferanten bleibt der Nachweis vorbehalten, dass VAD überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

- 11.6. Sofern die Erbringung der Leistung weder den Betriebsablauf bei VAD beeinträchtigt noch einer Mitwirkung von VAD bedarf, hat der Lieferant die Erbringung der Leistung jeweils 48 Stunden vor dem vereinbarten Leistungstermin gegenüber den in der Bestellung bzw. dem Vertrag genannten Personen bei VAD anzukündigen. Im Übrigen sind die Termine für die Erbringung der Leistung auf Betreiben des Lieferanten gemeinsam festzulegen.

12. Preise / Zahlungsbedingungen / Rechnungsstellung

- 12.1. Die vertraglich vereinbarten Preise und Vergütungssätze sind Festpreise und verstehen sich zuzüglich der jeweils gültigen Umsatzsteuer. Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, finden automatische Preisanpassungen nicht statt.
- 12.2. Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, sind mit den Preisen und Vergütungssätzen alle Leistungen und Nebenleistungen des Lieferanten sowie alle Nebenkosten (einschließlich etwaiger Material-, Transport-, Verpackungs-, Anfahrts-, Reise- und Übernachtungskosten sowie Unterstützungsleistungen bei der Erstellung eines Anforderungsprofils) abgegolten.
- 12.3. Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, gelten die Preise für die Lieferung von Waren auf der Basis „geliefert, verzollt“ an den Lieferort („DDP“ Incoterms 2010) und enthält sämtliche Kosten und Aufwendungen für die sonstigen nach dem geschlossenen Vertrag zu erbringenden Leistungen sowie sämtliche Kosten für Verpackung, Transport und Versicherung.
- 12.4. Ist die Abrechnung der Leistungen nach Stundenlohn vereinbart, so werden dem Lieferanten die erbrachten und von VAD bestätigten effektiven Arbeitsstunden nach Abzug von Pausen und Rüstzeiten nach dem vertraglich vereinbarten Satz vergütet; die Vergütungspflicht ist jedoch auf die objektiv erforderliche Stundenzahl beschränkt. Reisezeiten und Spesen werden nur vergütet, soweit dies ausdrücklich vereinbart ist. Wird ein vom Lieferanten zur Erbringung der Leistung eingesetzter Mitarbeiter aus von VAD nicht zu vertretenden Umständen durch einen anderen Mitarbeiter ersetzt, so geht die Einarbeitungszeit dieses Mitarbeiters zu Lasten des Lieferanten. Der Lieferant hat sich vor Aufnahme der Arbeiten und nach Beendigung derselben bei dem dafür Beauftragten von VAD zu melden. Die Stundennachweise sind auf den von VAD zur Verfügung gestellten Formularen auszustellen und den hierfür Beauftragten von VAG regelmäßig nach Aufforderung zur Gegenzeichnung vorzulegen. Kleinste Abrechnungseinheit ist die angefangene Viertelstunde.
- 12.5. Rechnungen müssen den Anforderungen der umsatzsteuerrechtlichen Vorgaben entsprechen. Jeder Rechnung sind zudem eine detaillierte und prüffähige Auflistung des Leistungsumfangs sowie etwaige Stundennachweise und Abnahmeerklärungen beizufügen.

- 12.6. Soweit vertraglich zwischen dem Lieferanten und VAD nichts anderes vereinbart ist, wird der vereinbarte Preis innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung der Ware bzw. Erbringung der vereinbarten Leistungen sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Sofern eine Werkleistung geschuldet oder vertraglich eine Abnahme oder Leistungsprüfung vereinbart ist, wird die Vergütung nicht vor erfolgter Abnahme zur Zahlung fällig. Der Eintritt des Zahlungsverzuges von VAD bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften, wobei hiervon ggf. abweichend in jedem Fall eine schriftliche Mahnung durch den Lieferanten erforderlich ist.
- 12.7. Zahlungen durch VAD bedeuten nicht die Anerkennung der Leistungen des Lieferanten als vertragsgerecht.

13. Aufrechnung und Zurückbehaltung

- 13.1. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen VAD in gesetzlichem Umfang zu. VAD ist insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange VAD noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Lieferungen und/oder Leistungen gegen den Lieferanten zustehen.
- 13.2. Der Lieferant hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen. Außerdem ist der Lieferant zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

14. Mängelansprüche

- 14.1. VAD stehen die gesetzlichen Mängelansprüche für Sach- und/oder Rechtsmängel ungekürzt zu.
- 14.2. VAD ist bei kauf- oder werklieferungsvertraglichen Leistungen berechtigt, die Wahl zu treffen, ob die vom Lieferanten geschuldete Nacherfüllung durch Mängelbeseitigung oder Lieferung einer neuen Sache (Ersatzlieferung) zu erbringen ist. Die Nacherfüllung hat nach Wahl von VAD entweder bei VAD oder am Ort der bestimmungsgemäßen Verwendung der Leistung zu erfolgen. Einem einvernehmlich festgelegten Nacherfüllungszeitraum kommt die gleiche Rechtswirkung zu wie einer Fristsetzung durch VAD.
- 14.3. Zeigt sich bei kauf- oder werklieferungsvertraglichen Leistungen innerhalb von sechs (6) Monaten seit Gefahrübergang ein Sachmangel, so wird vermutet, dass die Leistung bereits bei Gefahrübergang mangelhaft war, es sei denn, diese Vermutung ist mit der Art der Leistung oder des Mangels unvereinbar.

- 14.4. Der Lieferant ist verpflichtet, alle zum Zweck der Mängelbeseitigung oder der Ersatzlieferung erforderlichen Aufwendungen zu tragen. Das Recht auf Schadensersatz, insbesondere das auf Schadensersatz statt der Leistung, bleibt hiervon unberührt.
- 14.5. Kann der Lieferant den Mangel der Leistung nicht kurzfristig beseitigen und hat der Mangel nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf den Betriebsablauf bei VAD, so ist der Lieferant verpflichtet, in der Zeit bis zur endgültigen Beseitigung des Mangels alle erforderlichen vorläufigen Maßnahmen zu treffen, um die Beeinträchtigung des Betriebsablaufs bei VAD möglichst gering zu halten. Sofern der Lieferant den Mangel zu vertreten hat, hat er hierfür die Kosten zu tragen. Die Pflicht zur endgültigen Beseitigung des Mangels bleibt hiervon unberührt.
- 14.6. Bei Sachmängeln steht VAD unbeschadet der gesetzlichen Ansprüche auch im Falle eines Kauf- oder Werklieferungsvertrages nach fruchtlosem Ablauf einer zur Nacherfüllung gesetzten angemessenen Frist entsprechend § 637 BGB ein Recht zur Selbstvornahme sowie ein Anspruch auf Ersatz der erforderlichen Aufwendungen und auf einen entsprechenden Vorschuss zu. Ist die Nacherfüllung durch den Lieferanten fehlgeschlagen oder für VAD unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen wird VAD den Lieferanten unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
- 14.7. Erbringt der Lieferant die Leistung teilweise nicht oder nicht ordnungsgemäß, so ist VAD unter den gesetzlichen bzw. vertraglichen Voraussetzungen zum Teilrücktritt hinsichtlich dieses Teils der Leistung berechtigt, sofern es sich um einen abgrenzbaren Teil einer teilbaren Leistung handelt. Das Recht, vom ganzen Vertrag zurückzutreten, bleibt vorbehalten.
- 14.8. Abnahmebestätigung, Anerkennungen des Leistungserhalts sowie die Zustimmung von VAD zu technischen Unterlagen oder Berechnungen berühren die Mängelhaftung nicht.
- 14.9. Sofern VAD nach § 377 Abs. 1 HGB die Untersuchung der Leistung und die Mängelanzeige obliegt, gilt die Rüge als rechtzeitig, sofern VAD diese innerhalb einer Frist von 10 Tagen ab Anlieferung bei offenen Mängeln bzw. ab Entdeckung bei versteckten Mängeln gegenüber dem Lieferanten erklärt.
- 14.10. Im Rahmen der zeitlich befristeten Überlassung der Leistung findet § 536 b BGB keine Anwendung.

- 14.11. Mängelansprüche von VAD wegen Sachmängeln verjähren innerhalb von 36 Monaten. Die Verjährung beginnt mit der Endabnahme, sofern eine solche vereinbart ist, ansonsten gemäß den gesetzlichen Bestimmungen.
- 14.12. Die Verjährung von Rechtsmängeln beginnt zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Dritter erstmalig Ansprüche wegen Rechtsmängeln gegenüber VAD geltend macht oder VAD sonst zuverlässig von dem Rechtsmangel erfährt. Die Verjährungsfrist beträgt sechs Monate, mindestens aber ein Jahr ab der Erbringung der Leistung.

15. Produkthaftung / Freistellung / Haftpflichtversicherungsschutz

- 15.1. Soweit der Lieferant für einen Produktschaden verantwortlich ist, ist er verpflichtet, VAD insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen, wenn die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
- 15.2. Im Rahmen der eigenen Haftung des Lieferanten nach Ziffer 15.1 ist dieser auch verpflichtet, VAD etwaige Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB sowie gemäß §§ 830, 840, 426 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer von VAD durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen wird VAD den Lieferanten – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Sonstige gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- 15.3. Der Lieferant verpflichtet sich, eine Produkthaftpflicht-Versicherung mit einer Deckungssumme von € 5 Mio. pro Personenschaden/Sachschaden – pauschal – zu unterhalten und VAD das Bestehen des Versicherungsschutzes auf entsprechende Anforderung nachzuweisen. Stehen VAD weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

16. Schutzrechte Dritter

- 16.1. Der Lieferant gewährleistet, dass im Zusammenhang mit der Lieferung keine Rechte Dritter verletzt werden und auch sonst keine Rechte Dritter hieran bestehen, die den vertragsgemäßen Gebrauch der Leistung einschränken oder ausschließen. Der Lieferant gewährleistet ferner, dass die Leistung mit Zustimmung des Rechteinhabers (insbesondere in Hinblick auf etwaige Marken-, Patent- und/oder Urheberrechte) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum in den Verkehr gebracht wurde.
- 16.2. Kann der Lieferant VAD die vertrags- bzw. bestimmungsgemäße Nutzung der Leistung aufgrund entgegenstehender Schutzrechte Dritter nicht ermöglichen und erweist sich auch eine entsprechende Änderung des Leistungsumfangs aus Sicht von VAD als nicht

zweckmäßig, so kann VAD vom Vertrag zurücktreten. Der Lieferant hat unverzüglich nach erklärtem Rücktritt die (bisherige) Leistung auf seine Kosten bei VAD schad- und rückstandslos zu entfernen und eine gegebenenfalls bereits erhaltene Vergütung nebst Zinsen in Höhe von fünf (5) Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz des § 247 BGB seit dem Erhalt der Vergütung an VAD zu zahlen. Weitergehende Ansprüche von VAD bleiben hiervon unberührt.

- 16.3. Wird VAD bezüglich der Leistung von einem Dritten wegen Verletzung seiner Rechte in Anspruch genommen, so ist der Lieferant verpflichtet, VAD von diesen Ansprüchen vollständig freizustellen. Bei Schadensersatzansprüchen des Dritten bleibt dem Lieferanten der Nachweis vorbehalten, dass er die Verletzung der Rechte des Dritten nicht zu vertreten hat. VAD ist nicht berechtigt, mit dem Dritten – ohne Zustimmung des Lieferanten – irgendwelche Vereinbarungen zu treffen, insbesondere einen Vergleich abzuschließen. Die Freistellungsverpflichtung des Lieferanten bezieht sich auf alle außergerichtlichen und gerichtlichen Kosten und Aufwendungen, die VAD aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen.

17. Datenschutz

- 17.1. Der Lieferant verpflichtet sich, die jeweils geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere solche nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) einzuhalten, ihm zugänglich gewordene Daten und Informationen ausschließlich für die Zwecke des jeweiligen Vertrags zu verwenden und diese gegen unberechtigten Zugriff zu schützen. Der Lieferant darf für die Durchführung der Vertragsleistung nur Personen einsetzen, die von ihm gemäß BDSG auf das Datengeheimnis verpflichtet worden sind. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass alle von ihm mit der Bearbeitung oder Durchführung des Vertrages betrauten Personen die jeweils geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen beachten. Der Lieferant hat die datenschutzrechtlich erforderlichen Datensicherungsmaßnahmen zu gewährleisten und wird VAD auf Anforderung die zur Auftragskontrolle nach dem BDSG erforderlichen Auskünfte und Nachweise zur Verfügung stellen. VAD ist berechtigt, die vom Lieferanten getroffenen Datensicherungsmaßnahmen und die Einhaltung der Bestimmungen des BDSG zu überprüfen.
- 17.2. Sofern der Lieferant Zugang zu personenbezogenen Daten oder sonstigen vertraulichen Informationen hatte, sind die im Besitz des Lieferanten befindlichen Informationen, Daten und Datenträger während der jeweiligen Vertragslaufzeit vor unbefugtem Zugriff zu sichern und nach Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit zurückzugeben oder nach schriftlicher Freigabe durch VAD in unwiederbringbarer Weise zu löschen bzw. zu vernichten.
- 17.3. Sofern im Rahmen der Zusammenarbeit eine Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten im Auftrag von VAD erfolgt, hat der Lieferant VAD auf ein

etwaiges Erfordernis zum Abschluss einer Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung gem. § 11 BDSG hinzuweisen und eine solche Vereinbarung mit VAD abzuschließen.

18. Compliance / Genehmigungen / Freistellung

- 18.1. Der Lieferant erklärt, den Code of Ethics der Vallourec Gruppe, der auch für VAD Anwendung findet, und den Anti-Corruption Code of Conduct zur Korruptionsbekämpfung, die auf der Website der Vallourec Gruppe verfügbar sind (<https://www.vallourec.com/en/our-identity/ethics-compliance>), zur Kenntnis genommen zu haben, und verpflichtet sich, die in diesen Dokumenten, und in allen nachfolgenden Versionen, dargelegten Grundsätze und Verhaltensregeln einzuhalten.
- 18.2. Des Weiteren erwartet VAD vom Lieferanten ausnahmslos ein ethisches Verhalten, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Umweltschutz. Der Lieferant verpflichtet sich, weltweit die Menschenrechte im Sinne der sozialen Verantwortung zu respektieren, wie sie in den allgemeinen Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen zusammengefasst sind. Somit verpflichtet sich der Lieferant, insbesondere die folgenden Verpflichtungen zu respektieren und sicherzustellen, dass seine Subunternehmer diese einhalten: keine Kinder zu beschäftigen und/oder auf jede andere Form der Zwangs- oder Pflichtarbeit zurückzugreifen, dafür zu sorgen, dass es in seinem Unternehmen oder gegenüber seinen Subunternehmern keine Form der Diskriminierung gibt, für alle seine Mitarbeiter gesundheits- und sicherheitsgerechte Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Umwelt zu respektieren.
- 18.3. Um die Einhaltung dieser Grundsätze zu gewährleisten, kann VAD den Lieferanten daher bitten, sich auf dessen Kosten an einem Programm zur laufenden Überwachung der sozialen und ökologischen Leistung zu beteiligen.
- 18.4. Für den Fall, dass der Lieferant ein Verhalten melden möchte, das gegen den Code of Ethics der Vallourec Gruppe oder den Anti-Corruption Code of Conduct verstößt, hat Vallourec ein Meldesystem eingerichtet, das auf der Website der Vallourec Gruppe zur Verfügung steht (<https://www.vallourec.com/en/our-identity/ethics-compliance>).
- 18.5. Der Lieferant garantiert, dass weder er noch eines seiner Mitglieder oder der wirtschaftlich Berechtigte von Sanktionen im Rahmen von US-Sanktionen die vom Office of Foreign Assets Control (OFAC) verwaltet werden, oder gemäß den Exportkontroll- und Sanktionsgesetzen der Vereinigten Staaten, Sanktionen, die vom Finanzministerium des Vereinigten Königreichs verwaltet werden, oder gleichwertigen Maßnahmen der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union unterliegen, einschließlich Sanktionen, die im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union gegen bestimmte Staaten, Organisationen und Personen verhängt werden, betroffen sind.

- 18.6. Während der Erfüllung des Vertrags sind der Lieferant, alle Mitglieder seines Leitungsorgans, seine leitenden Angestellten und Mitarbeiter verpflichtet, sämtliche Gesetze, Vorschriften und/oder Verordnungen aller staatlichen, lokalen oder behördlichen Einrichtungen, gleich welcher Art, die auf den Vertrag und die Tätigkeiten des Lieferanten anwendbar sind, einzuhalten. Dies gilt insbesondere für alle Anti-Korruptions- und Kartellgesetze und alle Vorschriften in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Umweltschutz.
- 18.7. Der Lieferant garantiert, dass er - weder direkt noch durch Mittelsmänner - Zahlungen an eine Person (einschließlich einer politisch exponierten Person) leisten oder einer solchen Person Geschenke oder Versprechungen machen oder Vorteile gewähren wird, sofern diese Zahlungen, Geschenke, Versprechungen oder Vorteile mit dem Ziel erfolgen, eine Handlung oder Entscheidung dieser Person zu beeinflussen und die Person dadurch zu einem Unterlassen, einer Handlung oder einer Tätigkeit verleitet wird, (1) die zu einer Verletzung ihrer rechtmäßigen Pflichten führt und/oder (2) mit denen unzulässige Vorteile erlangt werden oder (3) durch die diese Person in sonstiger Weise die für den Vertrag und die vertraglichen Tätigkeiten anwendbaren Gesetze verletzt. „Politisch exponierte Person“, im Sinne dieser Ziffer 18, meint eine gewählte oder ernannte Person, einen Arbeitnehmer oder Vertreter einer nationalen, regionalen oder lokalen Regierung bzw. eines Staates oder einer Abteilung, Behörde oder Einrichtung einer solchen Regierung/eines solchen Staates oder eines Unternehmens, an dem eine Regierung/ein Staat – direkt oder indirekt – eine Mehrheitsbeteiligung oder eine beherrschende Beteiligung hält; einen Funktionär einer politischen Partei, einen Kandidaten für ein öffentliches Amt oder einen Funktionär, Arbeitnehmer oder Vertreter einer öffentlichen internationalen Organisation.
- 18.8. Der Lieferant ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass seine Mitarbeiter und Subunternehmer, die in dieser Ziffer 18 festgelegten Verpflichtungen einhalten.
- 18.9. Sämtliche finanziellen Leistungen, Rechnungen und Berichte, die VAD vorgelegt werden, müssen präzise sein und alle während der Erfüllung des Vertrags durchgeführten Tätigkeiten und Transaktionen in ausreichender Detailliertheit wiedergeben.
- 18.10. Der Lieferant ist ferner dazu verpflichtet, angemessene interne Kontrollmechanismen einzurichten und aufrechtzuerhalten, um sicherzustellen, dass die gemäß dem Vertrag geleisteten Zahlungen genehmigt und vertragsgemäß sind.
- 18.11. VAD behält sich das Recht vor, sämtliche Zahlungen, die von oder im Namen des Lieferanten im Rahmen des Vertrags geleistet werden, durch einen ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter, der der Geheimhaltung unterliegt, in den Geschäftsräumen des Lieferanten zu überprüfen.

- 18.12. Der Lieferant verpflichtet sich, bei einem solchen Audit vollumfänglich zu kooperieren. Der Lieferant hat alle relevanten Geschäftsbücher zur Verfügung zu stellen und deren Einsicht zu gewähren.
- 18.13. Der Lieferant gewährleistet, dass keine politisch exponierte Person oder enges Familienmitglied (1) direkt oder indirekt (nach bestem Wissen und Gewissen) eine Beteiligung, Aktien oder ein anderes wirtschaftliches Interesse (mit Ausnahme von öffentlich gehandelten Wertpapieren, die nicht für eine Mehrheitsbeteiligung ausreichend sind) am Lieferanten hält und/oder (2) die Position eines Geschäftsführers, Vorstandsmitglieds oder Vertreters des Lieferanten innehat; ausgenommen hiervon sind sämtliche Beteiligungen, Aktien und/oder Positionen, die der Lieferant VAD schriftlich mitgeteilt hat. Der Lieferant verpflichtet sich, VAD unverzüglich und schriftlich über alle Entwicklungen zu informieren, die die Einhaltung der vorstehenden Verpflichtung beeinträchtigen würden oder könnten. „Enges Familienmitglied“ meint den Ehepartner oder Lebensgefährten einer politisch exponierten Person, jedes Kind, Geschwister oder Eltern, den Ehepartner oder Lebensgefährten der Kinder oder Geschwister oder eine in einem gemeinsamen Haushalt mit der politisch exponierten Person lebende Person.
- 18.14. Der Lieferant hat VAD unverzüglich schriftlich über Ermittlungen oder Gerichtsverfahren zu benachrichtigen, die von einer Behörde gegen den Lieferanten eingeleitet werden und einen vermeintlichen Verstoß gegen geltende Antikorruptionsgesetze durch den Lieferanten, sein Personal oder seine Subunternehmer im Zusammenhang mit den im Rahmen des Vertrags durchgeführten Operationen und/oder Aktivitäten betreffen.
- 18.15. Unbeschadet aller anderen Rechte oder Rechtsmittel hat VAD im Falle einer wesentlichen Verletzung der Bedingungen dieser Ziffer 15 durch den Lieferanten das Recht:
- die Zahlung auszusetzen und/oder
 - den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen
- 18.16. Der Lieferant ist verpflichtet, alle für die Erbringung der Leistung erforderlichen Genehmigungen, Bewilligungen, Zulassungen, Anmeldungen, Erlaubnisse oder Lizenzen im Zeitpunkt der Leistungserbringung zu besitzen sowie arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Vorschriften während der Erbringung der Leistung vollumfänglich zu beachten. Bei einem Verstoß hiergegen, ist der Lieferant verpflichtet, VAD insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, wenn die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

19. Exportkontrolle

- 19.1. Der Lieferant verpflichtet sich und gewährleistet, alle anwendbaren internationalen und nationalen Exportkontrollgesetze und -vorschriften einzuhalten.

- 19.2. Für den Fall, dass der Lieferant Kenntnis davon hat oder nach sorgfältiger Prüfung Grund zu der Annahme hat oder von Tatsachen und/oder Umständen Kenntnis erlangt, dass die beabsichtigte Bereitstellung von Informationen, Waren, Materialien, Dienstleistungen oder Technologie („Güter“) Exportbeschränkungen oder -kontrollen nach deutschen, EU-, US- oder anderen anwendbaren Vorschriften im Zusammenhang mit Exportkontrollen (insbesondere Genehmigungspflichten, länder- oder personenbezogene Sanktionen) unterliegt oder unterliegen könnte, hat der Lieferant VAD unverzüglich nach Erlangung dieser Kenntnis unter der folgenden E-Mail Adresse „exportcontrol@vallourec.com“ über solche Beschränkungen oder anwendbaren Kontrollen vor jedem Export, Reexport, jeder Weitergabe, Offenlegung oder Bereitstellung der Güter, die solchen Exportbeschränkungen oder -kontrollen unterliegen, zu informieren. Der Lieferant hat VAD, soweit ihm bekannt ist, darüber zu informieren, wo die Güter, die der Exportkontrolle unterliegen, gelistet sind und welchen Beschränkungen sie nach den anwendbaren Vorschriften in Bezug auf den Export, Reexport, die Weitergabe, Offenlegung oder Bereitstellung der betreffenden Güter unterliegen.
- 19.3. Der Lieferant hat auf eigene Kosten alle internationalen und nationalen Lizenzen oder vergleichbaren Genehmigungen einzuholen, die nach allen jeweils geltenden Exportkontrollgesetzen und -vorschriften erforderlich sind.
- 19.4. Der Lieferant ist verpflichtet, mit VAD zu kooperieren und VAD auf Anfrage sämtliche erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen.
- 19.5. Der Lieferant stellt VAD von allen Ansprüchen, Schäden, Verlusten, Haftungen und Ausgaben (einschließlich Anwaltskosten) frei und hält VAD schadlos, die VAD aufgrund der Nichteinhaltung der anwendbaren Exportkontrollgesetze, -beschränkungen und -vorschriften durch den Lieferanten oder einer diesbezüglichen Untersuchung entstehen oder entstehen könnten. Die Bestimmungen dieser Ziffer bleiben über die Beendigung des Vertrags hinaus bestehen.
- 19.6. In jedem Fall sichert der Lieferant zu, Güter, die der Exportkontrolle unterliegen nicht ohne ausdrückliche Einverständniserklärung von VAD zu exportieren, reexportieren, weiter zu geben offen zu legen oder bereit zu stellen.

20. Geheimhaltung / Benennung als Referenz

- 20.1. Der Lieferant ist verpflichtet, sämtliche nicht offenkundige Informationen, Daten, Unterlagen und Dokumente, welche er von VAD im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis und/oder der Erbringung der Leistung mündlich, schriftlich erhält oder ihm in sonstiger Weise offenbart werden, während und nach Beendigung des Vertrages geheim zu halten, ausschließlich für die Erbringung der Leistungen zu verwenden und die

vertraulichen Informationen (oder Teile hiervon) weder direkt noch indirekt Dritten zu offenbaren. Entsprechendes gilt für von VAD im Rahmen der Vertragsdurchführung überlassene oder beigestellte Software, Hardware, Stoffe, Materialien, Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige schutzwürdige Gegenstände. Etwaige, weiter gehende gesetzliche Geheimhaltungsverpflichtungen bleiben von dieser Ziffer 20 unberührt.

- 20.2. Der Lieferant ist verpflichtet, die für VAD individuell zu erarbeitende Leistung jeder Art – einschließlich deren Ergebnisse und Funktionsweise – während und nach Beendigung des Vertrages geheim zu halten und darf diese nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch VAD veröffentlichen oder gegenüber Dritten verwenden.
- 20.3. Der Lieferant wird von VAD erhaltene Software, Hardware, Daten, Unterlagen, Dokumente, Stoffe, Materialien, Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände und Informationen während und nach Beendigung des Vertrages nur solchen Arbeitnehmern, sonstigen Mitarbeitern, Beratern und auf sonstige Weise für den Lieferanten tätigen Personen offenbaren bzw. Zugang dazu gewähren, welche in die Abwicklung des Vertrages involviert sind und die zuvor über den Inhalt dieser Ziffer 20 aufgeklärt wurden und die entsprechend zur Vertraulichkeit verpflichtet sind. Der Lieferant steht dafür ein, dass die Geheimhaltungsverpflichtungen durch solche Personen eingehalten werden.
- 20.4. Die Pflichten aus Ziffern 20.1, 20.2 und 20.3 erlöschen erst, wenn und soweit die überlassenen Informationen allgemein bekannt geworden sind. Entsprechendes gilt für Software, Hardware und sonstige Gegenstände.
- 20.5. Das Bestehen der Vertragsbeziehung zwischen den Parteien ist vom Lieferanten geheim zu halten. Es ist dem Lieferanten nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung von VAD gestattet, VAD als Referenz zu benennen oder Firmennamen, Firmenlogos, Marken, eingetragene Designs von VAD für Werbezwecke zu verwenden.

21. Übertragbarkeit / Abtretungsverbot / Unterauftragnehmer

- 21.1. VAD ist berechtigt, Rechte und Pflichten aus dem Vertrag an mit ihr i.S.d. §§ 15 ff. AktG verbundene Unternehmen zu übertragen.
- 21.2. Der Lieferant ist – bei Geldforderungen unbeschadet der Regelung des § 354 a HGB – ohne

vorherige schriftliche Zustimmung von VAD nicht berechtigt, die Rechte und Pflichten aus dem mit VAD geschlossenen Vertrag oder Teile davon ohne die schriftliche Zustimmung von VAD an Dritte abzutreten oder seine Forderungen gegen VAD durch Dritte einziehen zu lassen. Die Zustimmung kann nach freiem Ermessen VADs verweigert werden. Ohne diese Zustimmung ist die Abtretung unwirksam.

- 21.3. Der Lieferant hat VAD einen kraft Gesetzes eintretenden Vertragsübergang, jede Änderung seiner Firma sowie wesentliche Änderungen seiner Eigentums- oder Geschäftsführungsverhältnisse unverzüglich anzuzeigen.
- 21.4. Der Lieferant hat die Leistung selbst zu erbringen. Die Einbeziehung von Unterauftragnehmern, freier Mitarbeiter oder sonstiger Dritter in die Erbringung der Leistung bedarf – mit Ausnahme der Beauftragung für die Auslieferung von Waren – der vorherigen Zustimmung von VAD, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Der Lieferant haftet für Unterauftragnehmer, freie Mitarbeiter oder sonstige Dritte, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient, wie für eigenes Verschulden.
- 21.5. VAD kann eine erteilte Genehmigung eines Unterauftragnehmers bzw. Dritten nach Ziffer 21.4 mit Wirkung für die Zukunft widerrufen, sofern in der Person des Unterauftragnehmers bzw. Dritten Gründe vorliegen, die VAD zum Rücktritt ohne Fristsetzung bzw. zur fristlosen Kündigung des auf Basis der jeweiligen Bestellung geschlossenen Vertrages berechtigen würde. Das Recht zum Rücktritt vom bzw. zur Kündigung des Vertrages selbst bleibt in einem solchen Fall unberührt.

22. Rücktritt und Kündigung / Unsicherheitseinrede

- 22.1. Es gelten die gesetzlichen Rücktritts- und Kündigungsbestimmungen, sofern nicht etwas Abweichendes in diesen AEB-IT geregelt ist.
- 22.2. Ein Kündigungsrecht nach § 649 BGB steht VAD auch bei Werklieferungsverträgen zu, unabhängig davon, ob es sich um eine vertretbare oder unvertretbare Leistung handelt.
- 22.3. Ein etwaiges Recht für VAD oder den Lieferanten zur außerordentlichen Kündigung von Werk- oder Werklieferungs-, Miet- oder Dienstverträgen mit sofortiger Wirkung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Eine Kündigung aus wichtigem Grund ist insbesondere möglich:
 - (a) für VAD, im Falle einer wesentlichen Veränderung der Inhaber-, Beteiligungs- oder Geschäftsführungsverhältnisse des Lieferanten, sofern hierdurch schützenswerte Interessen von VAD erheblich beeinträchtigt werden, insbesondere der Schutz von Betriebsgeheimnissen und personenbezogenen Daten;
 - (b) für eine Partei, wenn über das Vermögen der anderen Partei Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens gestellt und nicht innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung vom Insolvenzgericht zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist bzw. wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wurde;

- (c) für eine Partei, wenn sich die wirtschaftlichen oder finanziellen Verhältnisse der anderen Partei derart verschlechtern, dass eine ordnungsgemäße Erfüllung des Vertrages ernsthaft gefährdet erscheint; oder
 - (d) für eine Partei, wenn die andere Partei eine vertragliche oder in Ausführung dieses Vertrages übernommene Verpflichtung oder fällige Leistung trotz erfolgter Leistungsaufforderung bzw. Abmahnung nicht innerhalb von 30 Tagen erfüllt oder ein vertragswidriges Verhalten nicht innerhalb dieser Frist einstellt.
- 22.4. Bei Kaufverträgen kann ergänzend zu den gesetzlichen Bestimmungen unter den Voraussetzungen der Ziffer 22.3 lit. a bis lit. d dieser AEB-IT der Rücktritt vom Vertrag auch ohne Fristsetzung erklärt werden.

23. Arbeiten auf dem Werksgelände / Sicherheitsvorschriften

- 23.1. Bei Arbeiten bzw. Aufenthalt auf dem Werksgelände und in den Gebäuden von VAD ist der Lieferant verpflichtet, die einschlägigen Rechtsvorschriften zu beachten, insbesondere soweit sie die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer, den Schutz der Umwelt, den Transport gefährlicher Güter und den Brandschutz betreffen. Darüber hinaus verpflichtet sich der Lieferant, die in der Anlage zu der Bestellung bzw. dem Vertrag aufgeführten Vorschriften und Verhaltensregeln für Partnerfirmen in der dort genannten Rangfolge einzuhalten, soweit sie für die Durchführung der von ihm geschuldeten Leistungen einschlägig sind.
- 23.2. Die in Ziffer 23.1 genannten Verhaltensregeln sind vom Lieferanten ebenfalls auf die gemäß Ziffer 21.4 genehmigten Dritten zu übertragen.
- 23.3. Die Einweisung in die für den Lieferanten geltenden Verhaltensregeln kann von VAD als Voraussetzung für den Zutritt zum Betriebs-/Werksgelände und/oder zu den (Verwaltungs-) Gebäuden von VAD gemacht werden.

24. Höhere Gewalt

- 24.1. Weder VAD noch der Lieferant hat für die Nichterfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen einzustehen, wenn die Nichterfüllung auf einem außerhalb ihrer Kontrolle liegenden Hinderungsgrund oder insbesondere auf einem der folgenden Gründe beruht:
- Feuer, Naturkatastrophen, Krieg oder wenn Vertragswidrigkeiten von Zulieferern auf einem dieser Gründe beruhen. Diese Regelung gilt für alle vertraglichen Pflichten einschließlich Schadensersatzpflichten.

- 24.2. Jede Partei darf den Vertrag durch schriftliche Kündigung aufheben, falls dessen Durchführung für mehr als sechs Monate gemäß Ziffer 24.1 verhindert ist.

25. Verarbeitung personenbezogener Daten

- 25.1. Jede Partei ist für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten (nachstehend „personenbezogene Daten“) verantwortlich, die sie in Zusammenhang mit ihrer eigenen Geschäftstätigkeit verfolgt, und verpflichtet sich diesbezüglich, die in diesem Bereich geltenden gesetzlichen Regelungen und Vorschriften einzuhalten.
- 25.2. Für den Fall, dass der Lieferant während der Ausführung dieser Einkaufsbedingungen personenbezogene Daten von natürlichen Personen (im Folgenden "die betroffenen Personen" genannt) erhebt und verarbeitet, verpflichtet er sich, diese personenbezogenen Daten ausschließlich zum Zwecke der Abwicklung der vorgenannten Bestellung (Verwaltung, Überwachung, Rechnungsstellung usw.) sowie im Allgemeinen zum Zwecke der ordentlichen Anwendung dieser Einkaufsbedingungen zu verwenden.

Der Lieferant verpflichtet sich ferner, dass die Daten ausschließlich für ihn bestimmt sind und nicht an Dritte weitergegeben werden, mit Ausnahme von technischen Dienstleistern und Partnern, die der Lieferant mit der strikten Einhaltung dieser Einkaufsbedingungen beauftragt hat, wobei der Lieferant sich dann verpflichtet, dass sich diese Dritten zur Einhaltung einer vertraglichen Geheimhaltungspflicht verpflichtet haben.

- 25.3. Der Lieferant verpflichtet sich, personenbezogene Daten ausschließlich für die Dauer der Geschäftsbeziehung zu speichern, wenn und soweit nicht aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsfristen eine längere Speicherung erforderlich ist.
- 25.4. Soweit keine Datenübertragung außerhalb der Europäischen Union durchzuführen ist, verpflichtet sich der Lieferant, die personenbezogenen Daten innerhalb der Europäischen Union bei einem Dienstleister zu hosten, der an die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheits- und Vertraulichkeitspflichten gebunden ist.

Für den Fall, dass personenbezogene Daten in Länder außerhalb der Europäischen Union übermittelt werden, für die es keine Datenschutz-Angemessenheitsentscheidung der Europäischen Kommission gibt, sorgt der Lieferant dafür, dass diese Übertragung gemäß den geltenden Gesetzen und Vorschriften erfolgt, indem er alle angemessenen Maßnahmen ergreift, damit unter angemessenen rechtlichen, technischen und betrieblichen Bedingungen und Garantien die Vertraulichkeit und Sicherheit dieser personenbezogenen Daten gewährleistet ist.

- 25.5. Die betroffenen Personen sind berechtigt, Zugang zu den vom Lieferanten gespeicherten sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen und ihre Berichtigung oder Löschung und die Einschränkung ihrer Verarbeitung bezüglich des Kunden und ihr Recht einzufordern, der Verarbeitung zu widersprechen und festzulegen, wie mit ihren Daten nach Ihrem Tod zu verfahren ist. Der Lieferant verpflichtet sich, dem Käufer die Möglichkeiten aufzuzeigen, die es den betroffenen Personen ermöglichen, diese Rechte auszuüben.

26. Anwendbares Recht

Auf diese AEB-IT sowie alle rechtlichen und vertraglichen Beziehungen zwischen VAD und dem Lieferanten findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts und der Regelungen des internationalen Privatrechts Anwendung.

27. Gerichtsstand

Für alle Streitigkeiten, die sich aus diesen AEB-IT und allen rechtlichen und vertraglichen Beziehungen zwischen VAD und dem Lieferanten ergeben, ist der ausschließliche Gerichtsstand Düsseldorf.

28. Teilunwirksamkeit

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AEB-IT oder des Vertrages unwirksam sein, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

Teil 2: Software

29. Software

Soweit die Erstellung, Lieferung, Bereitstellung und/oder dauerhaften und/oder vorübergehenden Überlassung von Software jeglicher Art, einschließlich der in Hardware integrierten Software (sog. Embedded Software), (zusammen „**Software**“) zum Gegenstand der Leistung gehören, geltend ergänzend die nachfolgenden Regelungen dieses zweiten Teils der AEB-IT.

30. Leistungsumfang für Software

- 30.1. Der Lieferant hat sicherzustellen, dass die Software die vereinbarte Beschaffenheit – soweit keine solche vereinbart wurde, die marktüblichen Anforderungen an Zeitverhalten, Ergonomie, Sicherheit, Fehlertoleranz, Wartungsfähigkeit, Kompatibilität und Interoperabilität in der jeweils relevanten Hard- und Softwareumgebung – erfüllt.

- 30.2. Der Lieferant sichert zu, dass die gelieferte Software vor Auslieferung bzw. Überlassung mit einem aktuellen, qualitativ hochwertigen Virensuchprogramm umfassend überprüft wurde und dass die Überprüfung keine Anzeichen auf Schadsoftware (insbesondere Trojaner, Viren, Spyware usw.) ergeben hat.
- 30.3. Soweit nichts Abweichendes vertraglich vereinbart wurde, stellt der Lieferant auch eine deutschsprachige Version der Software zur Verfügung.
- 30.4. Soweit nichts Abweichendes vertraglich vereinbart wurde, hat der Lieferant VAD die Software auf handelsüblichen Datenträgern in maschinenlesbarem Code nebst Benutzerdokumentation zu überlassen. Für VAD individuell entwickelte Software ist bei Abnahme außerdem im Quellcode mit einer entsprechenden Herstelldokumentation auf handelsüblichen Datenträgern zu überlassen. Sofern ein Testlauf durchgeführt wurde, hat der zu überlassende Programmstand dem Stand bei Beendigung der Testphase zu entsprechen.
- 30.5. Erwirbt VAD Software in Quellcodeform, so sind an der Software im Rahmen der Gewährleistung durchgeführte Maßnahmen vom Lieferanten unverzüglich in den Quellcode und die Dokumentation aufzunehmen. Eine Kopie des jeweils aktualisierten Standes ist VAD vom Lieferanten unverzüglich zur Verfügung zu stellen.
- 30.6. Soweit zu den vom Lieferanten geschuldeten Leistungen auch die Weiterentwicklung der Software gehört (bspw. durch Updates, Upgrades etc.), erfolgt die konkrete Weiterentwicklung und Installation bei VAD nur mit ausdrücklicher Einwilligung von VAD. Es besteht keine Verpflichtung von VAD, die aktuellste Version der Software zu nutzen. Wird auch der Support der Software geschuldet, so wird dieser Support solange auf Grundlage der jeweiligen Version erbracht, bis VAD sich zur Inanspruchnahme einer weiterentwickelten Softwareversion entschließt. Soweit nichts Abweichendes vertraglich vereinbart wurde, umfasst die Weiterentwicklung der Software auch die Weiterentwicklungen der dazugehörigen Anpassungen (insbesondere der Konfigurationen, Schnittstellen etc.), soweit dies für die Funktionsfähigkeit der weiterentwickelten Software in Hinblick auf die vertraglich vorausgesetzte Verwendung in der Systemumgebung von VAD erforderlich ist.
- 30.7. Obliegt dem Lieferanten die vertragliche Pflicht zur Erstellung einer Anforderungsanalyse, so hat er im Rahmen dieser bei VAD alle wichtigen informationstechnisch zu unterstützenden Abläufe zu überprüfen und alle notwendigen Schnittstellen auf mögliche Probleme mit der Kompatibilität hin zu untersuchen.
- 30.8. Obliegt dem Lieferanten die vertragliche Pflicht zur Erstellung eines Pflichtenhefts, so hat er in diesem alle vom Vertrag umfassten informationstechnisch zu unterstützenden Abläufe

bei VAD im Ist-Zustand (einschließlich der sich aus der Anforderungsanalyse ergebenden organisatorischen und informationstechnischen möglichen Problempunkte) sowie den zu erreichenden Soll-Zustand durchgängig darzustellen.

31. Umfang der Softwarenutzung / Nutzungsrecht

- 31.1. Soweit nichts Abweichendes vertraglich vereinbart wurde, unterliegt die vom Lieferanten zu überlassende Software keinem Weiterverkaufs- bzw. Weitervermietungsverbot, keiner Weiterverkaufsbeschränkung sowie keiner CPU-Bindung. VAD ist nicht darin beschränkt, die Software im Rahmen des bestimmungsgemäßen Gebrauchs sowie zur Anpassung an neue technische oder wirtschaftliche Anforderungen umzugestalten. Die Nutzung der Software im konzerninternen Netzwerk ist zulässig. VAD ist berechtigt, Sicherungskopien der Software zu erstellen. Der Lieferant sichert zu, dass die Software keine Kopier- oder Nutzungssperren enthält.
- 31.2. In den Fällen der Ziffer 4.1 lit. a und Ziffer 4.1 lit. b dieser AEB-IT, d.h. bei Software, die individuell für VAD erstellt, entwickelt, angepasst oder umgestaltet wurde, erstreckt sich das VAD nach Maßgabe der Ziffer 4.1 dieser AEB-IT gewährte Nutzungsrecht ferner auf:
- (a) das Recht zur dauerhaften oder vorübergehenden, vollständigen oder teilweisen Vervielfältigung der Software mit jedem Mittel und in jeder Form, insbesondere zum Laden, Anzeigen, Ablaufen lassen, Übertragen oder Speichern der Software auf elektronischen, elektro-magnetischen oder optischen Speichermedien;
 - (b) das Recht zur Übersetzung, Bearbeitung oder anderer Umarbeitung der Software sowie die Vervielfältigung und Verwertung der so einzelnen Ergebnisse in gleicher Weise wie die ursprüngliche Software;
 - (c) das Recht zur umfassenden, dauerhaften und/oder vorübergehenden Verbreitung des Originals und/oder von Vervielfältigungsstücken zu kommerziellen Zwecken auf jeder Art von Speichermedium sowie durch Online-Übermittlung, in körperlicher und/oder unkörperlicher Form, einschließlich der Verbreitung mittels Vermietung, Leasing oder Leihe;
 - (d) das Recht zur drahtgebundenen und/oder drahtlosen öffentlichen Nutzung bzw. Wiedergabe der Software, einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung in der Weise, dass die Software Dritten und/oder Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich ist und von diesen genutzt werden kann.
- 31.3. Das Nutzungsrecht von VAD umfasst ebenfalls das Recht, die Software innerhalb des vertraglich bestimmten Umfangs im Rahmen des Application Service Providing und/oder Cloud Computing (einschließlich der Nutzungs-Modelle Software as a Service (SaaS),

Infrastructure as a Service (IaaS) und Platform as a Service (PaaS)) zu nutzen und/oder verbundenen Unternehmen zur Nutzung zur Verfügung zu stellen.

- 31.4. VAD erwirbt an sämtlichen im Rahmen der Gewährleistung, Wartung oder sonstigen vom Lieferanten vertraglich geschuldeten Weiterentwicklungen der Software im selben Umfang Nutzungsrechte wie an der zugrundeliegenden Software selbst.

32. Ersetzen von Altsystemen / Datenübernahme

Umfasst die Leistung des Lieferanten die Ablösung einer bei VAD bereits vorhandenen Software, so hat der Lieferant zu gewährleisten, dass die zu überlassende Software zumindest die wesentlichen Eigenschaften, Funktionen und Schnittstellen des Altsystems aufweist. Soweit technisch möglich, hat die neue Software sämtliche Einstellungen und Daten der alten Software zu übernehmen und ohne Änderung von Schnittstellen zu anderen Systemen zu funktionieren.

33. Einsatz von Open Source Software, Freier Software und Public Domain Software

- 33.1. „Open Source Software“, „Freie Software“ und „Public Domain Software“ kennzeichnet, dass deren Quellcode offen zugänglich ist und grundsätzlich kostenfrei bezogen, verändert und weitergegeben werden kann (zusammen „OSS“).
- 33.2. Die Verwendung von OSS im Rahmen der Leistung ist dem Lieferanten nur nach Ausdrücklicher schriftlicher Einwilligung von VAD gestattet. Der Lieferant hat bei Ersuchen von VAD um die Einwilligung die betreffende OSS-Komponente unter Angabe der Versionsnummer sowie der anwendbaren Lizenzbedingungen genau zu bezeichnen. Eine erteilte Einwilligung bezieht sich jeweils nur auf die konkret von der Einwilligung umfasste OSS-Komponente. Ein Anspruch auf Erteilung der Einwilligung durch VAD besteht nicht.
- 33.3. Soweit der Lieferant mit Zustimmung von VAD OSS im Rahmen seiner Leistung verwendet, sichert der Lieferant zu, dass weder die VAD einzuräumenden Nutzungsrechte noch die kommerzielle Verwertbarkeit der Software oder der mit dieser ausgestatteten Nutzungsgegenstände beeinträchtigt oder eingeschränkt wird, insbesondere, dass die Leistung nicht von sog. „Copyleft“-Bedingungen erfasst wird.
- 33.4. Der Einsatz von OSS ohne die ausdrückliche schriftliche Einwilligung von VAD sowie eine Verletzung von Ziffer 33.3 dieser AEB-IT stellen wesentliche Pflichtverletzungen des Lieferanten dar; die erbrachte Leistung gilt als mangelhaft.
- 33.5. Sofern der Lieferant OSS einsetzt, ist dies als eigene Leistungserbringung zu qualifizieren und entbindet den Lieferanten nicht von Gewährleistungs-, Schadensersatz- und/oder

Freistellungsansprüchen gegenüber VAD.

Teil 3: Hardware

34. Hardware

Soweit die Lieferung oder sonstige Überlassung von Hardware oder sonstiger für Zwecke der Informationstechnik oder im Zusammenhang damit eingesetzter bzw. dazu bestimmter körperlicher Waren sowie komplementärer Produkte, einschließlich Telekommunikationssysteme und Automatisierungstechnik, („Hardware“) zum Gegenstand der Leistung gehört, geltend ergänzend die nachfolgenden Regelungen dieses dritten Teils der AEB-IT.

35. Anforderungen an Hardware

- 35.1. Der Lieferant hat sicherzustellen, dass die zu überlassende Hardware die ihm mitgeteilten Schnittstellen des IT-Systems von VAD aufweist. Gegebenenfalls hat der Lieferant darauf hinzuwirken, dass VAD ihm die erforderlichen Schnittstellennormen mitteilt.
- 35.2. Der Lieferant ist verpflichtet, bei der Geräte-/Teileauswahl grundsätzlich geeignete Norm- und Seriengeräte/-teile vorzusehen. Soweit nicht vertraglich etwas anderes vereinbart ist, ist zudem nur Hardware einzusetzen, die nach gegenwärtigem Kenntnisstand im Bedarfsfall kurzfristig instand zu setzen, zu beschaffen oder zu fertigen sind.
- 35.3. Soweit nicht ausdrücklich Abweichendes vertraglich vereinbart wurde, schuldet der Lieferant neue Hardware.
- 35.4. Der Lieferant darf nur solche Hardware liefern, die vom jeweiligen Hersteller für das Inverkehrbringen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union bzw. einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vorgesehen ist.

36. Sicherungsübereignung

- 36.1. Sofern VAD Anzahlungen und/oder sonstige Raten vor Lieferung der Hardware leistet, ist VAD jederzeit berechtigt, zur Sicherung dieser Anzahlungen und/oder Raten die Übereignung von Vormaterialien oder Teilen der Hardware, die sich in der Bearbeitung durch den Lieferanten befinden, zu verlangen. Der Lieferant wird diese für VAD unentgeltlich verwahren, VAD hierzu angemessenen Zutritt gewähren und diese nur für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem betreffenden Vertrag verwenden und ggf. verarbeiten.

- 36.2. Be- und Verarbeitung der gemäß Ziffer 36.1 übereigneten Gegenstände erfolgen für VAD als Hersteller im Sinne von § 950 BGB. Bei der Verarbeitung, Verbindung und Vermischung der in Ziffer 36.1 übereigneten Vormaterialien oder Teile der Hardware mit anderen Gegenständen steht VAD das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der beigestellten Sache zum Wert der anderen verwendeten Gegenstände zu. Sollte das Eigentum VADs durch Verbindung oder Vermischung entgegen Satz 1 erlöschen, so überträgt der Lieferant bereits jetzt an den dies annehmende VAD sämtliche Eigentumsrechte an der neuen Sache im Umfang des Wertes der sicherungsübereigneten Sache und verwahrt diese gegebenenfalls unentgeltlich für VAD.

Teil 4: Dienstleistungen

37. IT-Dienstleistungen

Soweit die Erbringung von Dienstleistungen jeglicher Art, einschließlich der Software-Pflege, Wartung von Hardware/Software/Netzwerken, Schulungen, Installation von Software oder Konfiguration von Hardware, („**IT-Dienstleistung**“) zum Gegenstand der Leistung gehören, geltend ergänzend die nachfolgenden Regelungen dieses vierten Teils der AEB-IT.

38. Leistungsumfang für IT-Dienstleistungen

- 38.1. Bei der Planung und Erbringung von IT-Dienstleistungen jeglicher Art hat sich der Lieferant nach den betrieblichen Erfordernissen und Abläufen bei VAD zu richten.
- 38.2. Für die Durchführung der geschuldeten IT-Dienstleistungen wird der Lieferant ausschließlich hinreichend qualifizierte Mitarbeiter einsetzen, die in der Lage sind, die fachlichen Anforderungen hieran umfassend zu erfüllen.

39. Software-Pflege und Wartung

- 39.1. Sofern durch regulär durchzuführende Software-Pflege- und Wartungsleistungen der betriebliche Ablauf bei VAD beeinträchtigt werden kann, dürfen diese Arbeiten nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung und Terminsbestätigung durch VAD erfolgen. Der Lieferant hat dabei die betrieblichen Belange von VAD zu berücksichtigen und VAD rechtzeitig vor Durchführung der Arbeiten über Art und Umfang einer möglichen Beeinträchtigung des Betriebsablaufs schriftlich zu informieren. Kurzfristig notwendige Maßnahmen sind unverzüglich nach Erkennen der Notwendigkeit anzukündigen und bedürfen ebenfalls der schriftlichen Zustimmung sowie Terminsbestätigung durch VAD.

- 39.2. Sofern durch Software-Pflege- oder Wartungsarbeiten Veränderungen am IT-System von VAD, einschließlich Software, Hardware und Netzwerk, vorgenommen werden oder sich dadurch System-Komponenten und/oder Funktionen nicht nur unwesentlich ändern, darf dies nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung und Terminsbestätigung durch VAD erfolgen. Der Lieferant hat die betrieblichen Bedürfnisse von VAD zu berücksichtigen. VAD ist rechtzeitig vor der Durchführung über die Änderungen, schriftlich und umfassend zu informieren.
- 39.3. Soweit vertraglich nicht etwas Abweichendes vereinbart wurde, ist VAD berechtigt, den vorhandenen Programmstand beizubehalten. Eine Verpflichtung, den jeweils aktuellsten Programmstand zu verwenden, besteht nicht.
- 39.4. Sofern Software-Pflege- und Wartungsleistungen die Erstellung, Lieferung, Bereitstellung und/oder Überlassung von Software zum Gegenstand haben, gelten die Regelungen des zweiten Teils dieser AEB-IT ergänzend.